

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/79

24. April 1973

Unsere Aufgabe ist ein soziales Europa

-----  
Zur Bonner Konferenz der sozialistischen  
Parteien der EWG

Von Dr. Hans Apel MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
außenministerium und Mitglied des SPD-Bundes-  
vorstandes

Seite 1 bis 3 , 101 Zeilen

Die Union muß jetzt Farbe bekennen

-----  
Will sie das Risiko einer Stabilisierungskeise?

Von Karl Wienand MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundes-  
tagsfraktion

Seite 4 und 5 , 54 Zeilen

Österlicher Geist über der CDU

-----  
Opposition ringt um das rechte Selbstverständnis

Von Lothar Schwartz  
Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 6 , 40 Zeilen

Berlin: Nie wieder ein Unruheherd

-----  
Seite 7 , 29 Zeilen

AJAC-Frohestler haben auf dem Würburgering

-----  
Seite 7 , 21 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und Ein-  
----- gliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Housafflee 2-10  
Postfach: 100 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 39  
Telefax: 886 846 / 898 847  
ppp n

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unsere Aufgabe ist ein soziales Europa

Zur Bonner Konferenz der sozialistischen Parteien der EWG

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesaußen-  
ministerium und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Die Europäische Gemeinschaft hat längst jenen Punkt überschritten, bis zu dem eine Rückkehr zu einer rein nationalen Politik theoretisch noch möglich gewesen wäre. Die Wirtschaftsgemeinschaft strahlt in andere gesellschaftliche Bereiche hinein. Für diese Einsicht braucht man kein Marxist zu sein. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer vom Facharbeiter bis zum Ingenieur verlangt die Harmonisierung ihrer Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften. Ein wirksamer Umweltschutz nach dem Verursacherprinzip beeinflusst über die unter Umständen steigenden Produktionskosten die Wettbewerbschancen der Industrien in der Gemeinschaft und fordert deshalb ein gemeinsames Vorgehen. Unsere Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in den Aufsichtsgremien der bundesdeutschen Großunternehmen muß auch in der EWG durchgesetzt werden.

Die bisherige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion hat unbestreitbare Vorteile erbracht und besonders durch die verstärkte internationale Arbeitsteilung eine spürbare Anhebung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten bewirkt. Das aber kann nur ein erstes Etappenziel sein. Es kommt darauf an, wie es Willy Brandt von dem SPD-Parteitag in Hannover ausgedrückt hat, "eine Gemeinschaft zu schaffen, die über die wirtschaftliche Kooperation und die politische Organisation zu einer sozialen Union zusammenwächst".

Dank der Initiative von Bundeskanzler Brandt auf der letzten EWG-Gipfelkonferenz hat die Gemeinschaft festgestellt, daß die Schaffung einer Sozialen Union ein ebenso wichtiges integrations-

politisches Ziel ist wie die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Dieses Konzept ist ohne Alternative. Entweder gelingt es, die wirtschaftliche Integration durch eine soziale und politische Integration zu ergänzen, um über sozialen Fortschritt, die Verbesserung der Lebensqualität und der Demokratisierung aller Lebensbereiche ein den Menschen dienendes Europa zu schaffen. Oder aber der historische Versuch der Bildung eines vereinigten Europas wird immer wieder steckenbleiben und nicht vorankommen.

Um dieses ehrgeizige Ziel erreichen zu können, braucht die EWG einen ihr gemäßen politischen Unterbau. Nationale Gewerkschaften wie nationale Parteien können ihr auf die Dauer nicht liefern. Deshalb ist die Forderung nach gewerkschaftlicher wie auch parteipolitischer Zusammenarbeit und Integration vernünftig. Wir müssen begreifen, daß in nationaler Begrenztheit nichts mehr erreicht werden kann. Das internationale Kapital hat uns vorge-macht, was man aus der internationalen Zusammenarbeit herausholen kann. Wir müssen diese Herausforderung annehmen.

Wir müssen verhindern, daß sich die europäische Integration im Halbdunkel der nationalen und supranationalen Amtsstuben vollzieht, und daß die politischen Konturen des Meinungsbildungsprozesses ebenso sehr verwischt wie die Verantwortlichkeiten für Tun oder Nichttun verschleiert werden. Die politische Demokratisierung findet im wirtschaftlichen Bereich ihre Parallele in der paritätischen Mitbestimmung. Angesichts der grenzüberschreitenden Konzentration von Unternehmen und Kapital ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft eine unverzichtbare Forderung, um den Weg nach Europa zu öffnen! Das heißt aber nicht, daß wir mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande solange warten müssen, bis sich auch "das langsamste Schiff im Konvoi" in Bewegung gesetzt hat. Im Gegenteil, unser Land muß als wirtschaftliches Zentrum Zeichen des Fortschritts für die anderen setzen.

Auf dem Weg zu einem sozialen Europa müssen auf Gemeinschaftsebene vorrangig folgende Probleme bewältigt werden:

- die schrittweise Schaffung einer koordinierten Arbeitsmarktpolitik, die Voraussetzung für die Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit ist;
- die sozialfortschrittliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen;
- die paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer an der Willensbildung in den Unternehmen;
- die Schaffung von Rahmenbedingungen für tarifvertragliche Regelungen auf europäischer Ebene;
- die Entwicklung gemeinschaftlicher Grundprinzipien einer

sozialen Sicherung für alle Bevölkerungsgruppen sowie die Dynamisierung der Sozialleistungen;

- die Festlegung gemeinschaftlicher Grundlinien einer sozialen Strukturpolitik. Besonders dringend sind gemeinsame Anstrengungen, um zu einer einheitlichen Berufsbildungspolitik zu gelangen;

- eine ausgewogene Regional- und Strukturpolitik. Es darf nicht sein, daß sich die Ballung von Menschen und Industrieanlagen in einzelnen Regionen der Gemeinschaft ungehemmt fortsetzt, daß Familien auseinandergerissen, bestenfalls in eine unfreundliche und oft feindliche Umwelt ohne echte Chancengleichheit verpflanzt werden;

- eine über die Staatsgrenzen koordinierte Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik; und

- die Durchsetzung einer abgestimmten Wirtschaftspolitik als gemeinschaftlicher Beitrag zur Preisstabilität ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung. Die Vorschläge der Bundesregierung dazu liegen auf dem Tisch. Nicht alles wollen unsere EG-Partner akzeptieren, aber auch sie drückt - oft noch stärker - die Wucht der unerträglichen Preissteigerungen.

Gerade die Unterprivilegierten fürchten sich vor dem europäischen Großraum zu Recht. Er kann ihnen die schützende Wärme und Enge nationaler Sozialgesetzgebung und Wirtschaftsstruktur wegnehmen, ohne daß die EWG Ersatz leistet.

Deshalb müssen wir die Aufgabe der sozialen und gesellschaftlichen Strukturierung Westeuropas dynamisch anpacken. Die Demokratisierung und Aktivierung der gesellschaftlichen Kräfte müssen der Gemeinschaft neue Kräfte geben. Und nur ein soziales Europa kann von Bestand und zukunftsweisend sein. Das Europa der Händler und der Kapitalisten, der Bürokraten und Diplomaten sprengt sich selbst in die Luft. Es wird den durch die Integration ausgelösten sozialen Spannungen, den regionalen und strukturellen Schwierigkeiten nicht gerecht und stärkt damit die anti-europäische Opposition.

(-/ 24.4.1973/ks, ex)

Die Union muß jetzt Farbe bekennen

Will sie das Risiko einer Stabilisierungskrise ?

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU hat sich - um eigene Ideen für die Stabilitäts- politik verlegener, als für eine Opposition gut und nützlich ist - in der letzten Woche ganz pauschal an das Frühjahrsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute angehängt. Sie versucht freilich, sich um den politischen Kern dieses Gut- achtens herumzumogeln. Dieser politische Kern ist sehr hart.

Nachdem die Mehrheit der Institute ihre Vorschläge aufge- zählt hat, sagt sie ganz ehrlich und unverhohlen: "Diese Strategie trägt ohne Zweifel das Risiko einer Übersteuerung und damit einer Stabilisierungskrise, also eines Rückgangs der Beschäftigung und eines vermehrten Aussteigens von Unternehmen. in sich." Die Bun- desregierung hat eine solche Strategie des unbezweifelbaren Risikos abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt das nach- drücklich. Sie weiß sich darin einig nicht nur mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern auch mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Fritz Dietz, beide wahrlich unverdächtige Zeugen, wenn es um die Politik der sozialliberalen Koalition geht. Nur von der CDU/CSU haben wir leider bis zur Stunde weder ein Ja noch ein Nein zu dieser nicht von der Bundesregierung erfundenen, sondern von den Instituten selbst klar ausgesprochenen politischen Konsequenz gehört. Es ist an der Zeit, daß sich die Opposition hierzu äußert.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang das Wort "Übersteuerung" und das Wort "Stabilisierungskrise" ? Für den Fachmann bedeutet

es nicht nur Rückgang der Beschäftigung und vermehrtes Ausscheiden von Unternehmen. Das Risiko - und das verschweigen vier der fünf Institute leider - liegt auch darin, daß selbst bei Durchführung der Vorschläge gar nicht sichergestellt wäre, ob sich der Preisauftrieb wesentlich beruhigt. Das amerikanische Beispiel zeigt, daß Unternehmen auch in Phasen rückläufiger Wirtschaftsentwicklung ihre Preise erhöhen, daß Gewerkschaften auch in solchen Phasen nicht zuletzt deshalb, aber auch aus anderen Gründen Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Erfahrung zeigt außerdem, daß eine Politik der Übersteuerung und der wesentlich in Kauf genommenen Stabilisierungskrise die preissteigernden Einflüsse der Auslandsnachfrage und der Einfuhren aus dem Ausland nicht auszuschließen vermag, wenn man sich nicht dazu entschließt, die Europäische Gemeinschaft als Wirtschaftsgemeinschaft für die Bundesrepublik zu den Akten der Geschichte zu legen.

Wissenschaftliche Forschungsinstitute haben die Freiheit - und die muß ihnen auch erhalten bleiben - stabilitätspolitische Pläne ohne Rücksicht auf die politischen Konsequenzen zu schmieden und in die öffentliche Diskussion zu tragen. Man muß nur wissen, daß die politische Verantwortung in diesem Lande nicht von wissenschaftlichen Instituten, sondern von den Politikern getragen wird und zu tragen ist. Die CDU/CSU, die durch ihre Regierungspolitik der Bundesrepublik die einzige wirtschaftliche Rezession der Nachkriegsgeschichte beschert hat, sollte wissen, daß sie ihre politische Verantwortung nicht einfach mit dem Rückgriff auf stabilitätspolitisches Pläneschmieden von politisch verantwortungsfreien Wissenschaftlern wahrnehmen kann. Wenn sie ernst genommen werden will, dann muß sie sich schon eindeutig dazu äußern, ob sie das "ohne Zweifel vorhandene Risiko einer Übersteuerung und damit einer Stabilisierungskrise" wesentlich in Kauf nehmen möchte oder nicht. Nach dem wochenlangen Stabilitätsgerede der Opposition haben die Bürger ein Anrecht darauf, dies zu erfahren. (-/24.4.1973/ks/ex)

Österlicher Geist über der CDU  
-----

Opposition ringt um das rechte Selbstverständnis

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Nicht immer hält das Wochenende, was es - dank Springers Sonntagsbättern - den auf Selbstbestätigung in Sachen Obstruktion programmierten und angewiesenen Unions-Politikern verspricht. Für sie war Ostern eine herbe Enttäuschung. Nur die CSU machte mit hämischer Kritik an dem in aller Welt - Albanien ausgenommen - positiv bewerteten Besuch von Bundeskanzler Willy Brandt in Jugoslawien ein Angebot an billiger Demagogie.

Dafür meldeten sich mit CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep und dem stellv. CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl zwei Stimmen der zunehmenden oppositionellen Vernunft zu Wort, die vor einer Fortsetzung der totalen Konfrontation gegenüber der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien gewarnt haben. Dabei befließigte sich Leisler Kiep erneut einer deutlicheren Sprache, indem er im Süddeutschen Rundfunk im "Finden von Gemeinsamkeiten" eine Aufgabe für alle Demokraten ausmachte, die "eine Stärkung der Bundesrepublik Deutschland" wollen. Der CDU-Schatzmeister legte bei dieser Gelegenheit auch ein indirektes Bekenntnis zu der von Bundeskanzler Willy Brandt initiierten europäischen Ost- und Entspannungspolitik ab.

Sein in Mainz in den Startlöchern für den Sprung an die CDU-Spitze vibrierender und zwangsläufig auch taktierender Parteifreund Dr. Kohl beließ es einmal mehr beim Verbal-Unverbindlichen, das die Progressiven in der Union hoffen und auf ihn setzen heißen soll, ohne die Erz-Konservativen in der Union völlig zu verprellen. Seine Formulierung, daß die CDU sich nicht als "Kontrastprogramm zur SPD" verstehen und gerieren dürfe, läßt immerhin auf die in einer parlamentarischen Demokratie an sich selbstverständliche, aber in der CDU/CSU noch sehr begrenzt vorhandene Bereitschaft schließen, die Rolle der Opposition als verpflichtende Verantwortung und nicht als unverdiente Strafe zu sehen und zu praktizieren.

In dieses Ringen und Werben um das rechte Selbstverständnis einer Opposition paßte sich in der Ferne Dr. Rainer Barzel ein und an. Unter dem Eindruck seiner Gespräche mit führenden Politikern der USA, die ihm in der vergangenen Woche auch die Augen über die "Zuverlässigkeit" einiger weniger deutscher Zeitungskorrespondenten in Washington endgültig geöffnet haben dürften, übte er in der öffentlichen Auswertung und Wertung seiner Kontakte betonte Zurückhaltung und reiste dann zu Ostern mit Ehefrau zur Feier der Silberhochzeit auf eine karibische Insel.

Zu beidem nachträglich herzlichen Glückwunsch!

(-/24.4.1973/bgy/ee)

+ + +

### Berlin: Nie wieder ein Unruheherd

Auf eine von "US-News und World-Report" an den Bundeskanzler gestellte Frage, ob Berlin als ostwestlicher Unruheherd entschärft worden sei, antwortete Willy Brandt, es bestehe eine recht gute Chance, daß Berlin nie wieder die Rolle des Unruheherdes spielen werde. Da wurde ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Über zwei Jahrzehnte lang lag Berlin in einem von Krisen geschüttelten Spannungsfeld, das den Weltfrieden gefährdete. Den Frieden bedrohende Konflikte kommen nun nach menschlichem Ermessen nicht mehr aus der Mitte Europas. Allein aus dieser Feststellung läßt sich der große Wandel im politischen Klima Europas und im Verhältnis der beider Supermächte erkennen, den die Regierung der sozialliberalen Allianz mitbewirkte. So nimmt denn auch der noch zu ratifizierende Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Bericht über die Außenpolitik der USA, den der amerikanische Außenminister Roger dieser Tage dem USA-Senat und dem Repräsentantenhaus vorlegte, einen hohen Stellenwert ein.

Obwohl der Grundvertrag, dessen parlamentarische Beratung in der ersten Maihälfte ansteht, noch nicht ratifiziert ist, sind doch schon viele Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen in seinen Genuß gekommen. 20 Jahre lang durften Westberliner nicht nach Ostberlin und in die übrigen Gebiete der DDR reisen, heute gehören solche Reisen zu den Selbstverständlichkeiten. In dringenden Familienfällen können auch unter dem Rentenalter stehende DDR-Bürger ihre Verwandten in der BRD besuchen: ein noch vor drei Jahren unvorstellbarer Fortschritt. Da ist ein Prozeß langsamer Entkrampfung im Gange, der leider, das muß man sehen und sagen, durch Todesschüsse an der Mauer immer noch unterbrochen wird. Da hatte Willy Brandt nur allzu recht, als er auf eine zweite Frage unter Anspielung auf die neuen Probleme, die für die Machthaber in der DDR entstehen, sagte, es sei nicht leicht, einen kommunistischen Staat zu regieren, wenn man zuviel Freizügigkeit einführe. (ex/24.4.1973/bgy/ee)

### ADAC-Protestler rasen auf dem Nürburgring

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) hat seine Mitglieder gegen die geplante Mineralölsteuererhöhung alarmiert. Mit großen grünen Klebezetteln läßt der ADAC seine Mitglieder, die die Aktion mitmachen, erklären, daß sie dieses Vorhaben des Bundesfinanzministers Helmut Schmidt für unsozial halten: Sie seien ja schließlich keine Melkkühe. Ein Rindvieh mit mehreren Eutern versinnbildlicht diesen Protest.

Nun gut, in dieser Bundesrepublik kann jeder sagen, was er will, und er kann sich auch mit solchen Klebezetteln die notwendigerweise völlig einwandfreie Allseiten-Sicht verkleistern, für die die Automobilclubs sonst eifrig und richtig eintreten. Aber der ganze Protest bekommt seinen Houtgout, wenn man zum Beispiel an den Osterfeiertagen die Amateurrennfahrer auf dem Nürburgring beobachtet und feststellen muß, daß darunter auch zahlreiche Melkkuh-Protestler wie die Irren durch die Berg- und Talkurven dieser ebenso gefährlichen wie benzin-fressenden Rennstrecke rasen. Eins paßt doch wohl nicht zum andern. Woran sicher auch der Protestauslöser keinen Zweifel anmelden. Man kann die Steuerpläne der Bundesregierung für falsch halten, aber die Gegenargumente müssen stichhaltig sein und durchschlagen. Heulende Pkw-Motoren mit überhöhten Benzinverbrauch auf dem Nürburgring sind kein Gegenargument. (ee/24.4.1973/bgy/ee)